

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

22. Mai 1947

Blatt 578

Die städtischen Bäder zu Pfingsten

Folgende städtische Volksbäder sind Freitag, den 23. Mai von 9 bis 19 Uhr und Samstag, den 24. Mai, von 7 bis 19 Uhr geöffnet:

- | | |
|-----------------------|---------------------------------|
| 2., Vereinsgasse 31, | 10., Gudrunstraße 163 a, |
| 3., Apostelgasse 18, | 12., Ratschkygasse 26, |
| 4., Klagbaumgasse 4, | 14., Hütteldorfer Straße 136, |
| 7., Hermarngasse 28, | 15., Reithofferplatz 4, |
| 8., Florianigasse 24, | 16., Friedrich Kaiser-Casse 11, |
| 9., Wiesengasse 17, | 18., Klostergasse 27. |

Das Floridsdorfer Bad und das Jörgerbad sind am Freitag von 9 bis 19 Uhr und Samstag von 8 bis 19 Uhr in Betrieb. Die Dampf- und Brausebadabteilungen im Floridsdorfer Bad sind Freitag nur für Frauen zugänglich. Die Schwimmhalle des Jörgerbades ist Pfingstsonntag und Pfingstmontag geschlossen.

Die Warmbäder in Klosterneuburg und Hadersdorf-Weidlingau sind Freitag von 9 bis 19 Uhr und Samstag von 8 bis 19 Uhr, das Mödlinger Bad ist Donnerstag und Freitag geöffnet.

Modistenkurse an der Berufsfachschule der Stadt Wien

Beginn des 2. Kurses anfangs Juni 1947. ~~Kurzzeiten~~; Dienstag und Freitag von 17 bis 20 Uhr. Kursdauer: 4 Wochen. Auskünfte durch die Schulleitung XV., Sperrgasse 8-10 (R 38-4-57) täglich, außer Samstag, von 8-11 und 14-16 Uhr.

Der Kirschenpreis

=====

Die Nachricht, daß bei einer Sitzung im Ernährungsministerium, an der auch das Marktamt der Stadt Wien teilgenommen hat, für Kirschen ein Verbraucherpreis von S 8.- bis 9.- gebilligt wurde und daß diesem Preis ein Erzeugerpreis von S 3.- bis 4.- zu Grunde liegt, ist unrichtig. Es ist festzustellen, daß diese Verbraucherpreise nicht gebilligt wurden. Es würde sich übrigens bei dem angegebenen Erzeugerpreis ein Verbraucherpreis von S 4.50 bis 6.- errechnen. Das Marktamt hat jedoch, übereinstimmend mit der Arbeiterkammer und dem Gewerkschaftsbund, selbst einen Verbraucherpreis, der an der angegebenen oberen Grenze liegt, als untragbar abgelehnt.

Die Straßenbahn am Pfingstmontag

=====

Am Pfingstmontag gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Es gelten daher die 60-Groschen-Sonn- und Feiertagsfahrkarte und die Wochenkarten mit Ausnahme der Autobus- (Obus-) Wochenkarte.

Die Vorverkaufsstellen sind an diesem Tage von 8 bis 14 Uhr geöffnet.

Am gleichen Tage wird der Betrieb der Linie 11 aus Sicherheits- und verkehrstechnischen Gründen im Streckenabschnitt "Reichsbrückenstraße - Hakoahschleife" zwischen 18'30 Uhr und 19'30 Uhr nach Bedarf auch schon um 13'30 Uhr eingestellt.

Wiener Landtag

=====

Der Wiener Landtag trat heute um 17 Uhr 10 Minuten unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Neubauer zu einer Sitzung zusammen, zu deren Beginn Abgeordneter Fronauer (SPÖ) an Stelle des Abg. Hrastnig, der auf sein Mandat verzichtet hat, in den Unvereinbarkeitsausschuß gewählt wurde.

Hierauf berichtete amtsführender Stadtrat Honay (SPÖ) über

die Gesetzesvorlage, betreffend die Sistierung der Einhebung des Ausgleichszuschlages bei Lebendvieh sowie der Ausgleichs- abgabe auf frisches Fleisch. Die Stadt Wien hat so wie andere größere Städte im Laufe der Jahre ziemlich hohe Beträge aufgewendet, um vorbildliche Schlachthäuser zu bauen und die Schlachtviehmärkte in einem sanitär vorbildlichen Zustand zu erhalten. Die Kosten der Erhaltung dieser Schlachthöfe sind ziemlich hoch. Im Voranschlag 1947 stehen den Einnahmen von 365.600 S Ausgaben von 3.126.380 S gegenüber, so daß sich ein ungedeckter Abgang von 2.760.780 S ergibt. Dazu kommen noch Kriegsschäden in Höhe von rund 700.000 S.

Wird nun Schlachtvieh einem Schlachthofe in Wien ohne Berührung des Wiener Schlachtviehmarktes zugeführt oder frisches Fleisch von einer Schlachtung außerhalb Wiens in die Stadt gebracht, so entsteht der Stadt ein Ausfall an Schlachtviehmarkt- bzw. Schlachthofgebühren. Um diesen Ausfall wettzumachen, wurde erstmalig Ende Oktober 1940 eine Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch und ein Ausgleichszuschlag bei Lebendvieh eingeführt. Unter den heutigen Verhältnissen erwiesen sich diese beiden Abgaben als eine Erschwernis der Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Fleisch. Anregungen von verschiedener Seite, darunter des Bundesministeriums für Volksernährung und des Österreichischen Viehwirtschaftsverbandes Folge leistend, hat sich das städtische Veterinäramt entschlossen, zu beantragen, die Aufhebung dieser beiden Abgaben in Erwägung zu ziehen, zumal ihr Ertrag aus zeitbedingten Ursachen sehr zurückgegangen ist und in den ersten 10 Monaten des Jahres 1946 nur 5246 S betrug. Da aber die heutigen Verhältnisse nur vorübergehender Natur sein können, erschien es zweckmäßig, die beiden Abgaben nicht völlig aufzuheben, sondern bis 31.12.1947 nur zu sistieren.

Die Gesetzesvorlage wird dem Antrage des Berichterstatters gemäß angenommen.

Zu dem Gesetzentwurf über die Neufestsetzung des Ausmaßes der Hauskehrichtabfuhrgebühren referiert gleichfalls amtsführender Stadtrat Honay, der einleitend feststellt, die Stadt Wien könne sich rühmen, auf dem Gebiete der Hauskehrichtabfuhr eine vorbildliche, allen hygienischen Anforderungen entsprechende Einrichtung geschaffen zu haben; allerdings habe diese durch die Kriegsergebnisse schwerste Einbußen erlitten.

Von den früher zur Verfügung gestandenen 55 Spezialfahrzeugen sind nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes nur 10 übrig geblieben. Die Stadtverwaltung sah sich daher genötigt, allmählich 90 bis 100 gewöhnliche Lastkraftwagen zur Kehrichtabfuhr in Dienst zu nehmen, obwohl ein solcher Lastkraftwagen nur die Hälfte der Ladefähigkeit der Spezialfahrzeuge aufweist. Die zuständige Magistratsabteilung hat deshalb einen Plan ausgearbeitet, dem zufolge im Laufe eines Jahres der ganze Fahrpark erneuert werden soll. Notwendig sind 66 neue Spezialfahrzeuge, von denen 15 noch vor Ende des laufenden Jahres geliefert werden sollen. Die beiläufigen Kosten für diese 66 Spezialfahrzeuge sind mit rund 10,6 Millionen Schilling anzunehmen.

Nach dem Kriege musste auch eine weitaus grössere Zahl von Arbeitskräften zur Hauskehrabfuhr herangezogen werden. Derzeit sind bei der Einsammlung des Kehrichts und dem Beladen der Wagen 440 Arbeiter gegenüber 260 im Jahre 1937 tätig. Auch die Zahl der Ableerplätze musste vergrössert werden. Die Zahl der auf diesen Plätzen Beschäftigten ist von rund 35 im Jahre 1937 auf derzeit 142 gestiegen. Die im Vorjahr durchgeführten Lohnerhöhungen hatten eine Ausgabensteigerung für 1947 von rund einer halben Million Schilling zur Folge. Die Erhöhung der Ausgabenpost für die überalterten Fahrzeuge wird gegenüber dem Aufwand des Vorjahres heuer rund 2,3 Millionen Schilling betragen. Etwa 15.000 Sammelgefässe müssen erneuert, weitere 15.000, die durch Bombeneinwirkung vernichtet wurden, ersetzt werden. Die Beschaffung dieser 30.000 Gefässe, deren Erzeugungskosten gegenüber 1937 auf etwas Dreifache gestiegen sind, wird rund 3 Millionen Schilling erfordern. In den nächsten 3 Jahren sollen je 10.000 solche Gefässe nachgeschafft werden.

Die voraussichtlichen Ausgaben für die Abfuhr des Hauskehrs sind für 1947 bei Berücksichtigung aller dieser Umstände mit 10,3 Millionen Schilling veranschlagt. Die nach dem gegenwärtigen Tarif veranschlagten Einnahmen betragen im Jahre 1946 rund 6,8 Millionen Schilling, so dass sich für 1947 ein Abgang von rund 3,5 Millionen ergäbe.

Durch die im Gesetz vorgesehene Erhöhung der derzeitigen Ansätze der Hauskehrabfuhrgebühr um 60 v.H. soll zum mindesten ein Teil des Abganges gedeckt werden. Diese Erhöhung wird bei-

spielsweise für eine Kleinwohnung in den äusseren Bezirken wöchentlich rund 11 Groschen, in einem Wohnhaus in den inneren Bezirken für eine mittelgrosse Wohnung 18 Groschen ausmachen.

Der Landtag stimmte der Gesetzesvorlage ohne Debatte zu.

Sodann referierte Stadtrat Honay über ein Gebrauchsgesetz, das an die Stelle des bisherigen Gesetzes über den üblichen Platzzins treten soll. Stadtrat Honay führte unter anderem aus, dass die Stadt Wien, wie alle Gemeinden und Städte, als Grundeigentümerin für die Benützung der Verkehrs- oder Erholungsflächen wie auch des darüber befindlichen Nutzraumes ein Entgelt einheben kann. Das bestehende Gesetz soll nun deshalb geändert werden, weil es sich hier um Sondergebrauchsfälle handelt, für die lediglich die privatrechtlichen Vorschriften massgebend waren und rückständige Zinse nur im Wege einer Klage hereingebracht werden konnten. Der neue Gesetzentwurf will nun die Bemessung und Einbringung der Gebühren in einer jeden Zweifel ausschliessenden Weise einrichten. Der Gesetzentwurf ist nach dem Muster der anderen städtischen Abgabegesetze entworfen. Als Mindestgebühr ist ein Betrag von 5.- S pro Jahr festgesetzt, da die Einhebung der bisherigen Gebühr mehr Kosten verursachte, als ihr Ergebnis ausmacht. Im allgemeinen sind die Gebührenansätze des Tarifs um ungefähr 50% erhöht worden. Neu ist, dass auch berücksichtigungswürdigen Gründen und bei mindergünstiger Ortslage auch eine Ermässigung gewährt werden kann.

Da in dem dem Gesetz beigeschlossenen Tarif nicht alle Möglichkeiten angegehen werden können, die sich in Zukunft ergeben können, ist auch darauf Bedacht genommen, dass der Gemeinderat in solchen nicht vorherzusehenden Fällen, die Höhe der Abgabe durch Beschluss festsetzen kann.

Zum Schluss betonte der Berichterstatter, dass durch das neue Gesetz eine Mehreinnahme von 300.000 S erzielt werden würde, die die Gemeinde bei der angespannten Finanzlage wohl brauchen könne.

GR. Steinhart (KPÖ) brachte einen Zusatz- und einen Änderungsantrag ein, die die Gebrauchserlaubnis durch den Magistrat betreffen.

In seinem Schlußwort sprach sich Stadtrat Honay gegen die beiden Anträge mit der Begründung aus, daß erstens jeder Sondergebrauch von öffentlichen Flächen gebührenpflichtig sei und zweitens die Stadt Wien es sich vorbehalten müsse, bei Besitzwechsel eines Geschäftes Einblick in die neue Lage zu gewinnen.

In der darauffolgenden Abstimmung wurden die beiden Anträge des GR. Steinhardt abgelehnt und das Gesetz in erster und zweiter Lesung unverändert zum Beschluß erhoben.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Schluß der Sitzung 17'50 Uhr.

Lagerbestandsaufnahme in allen Lebensmittelbetrieben

=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Alle Lebensmittel-Groß und Kleinbetriebe sowie Fleischabgabestellen in Wien haben mit dem Stichtag Sonntag, den 25. Mai, eine Inventur durchzuführen. Es sind alle Lebensmittel zu melden, die sich in den Betriebsräumen befinden. Der Stand an Fleisch und Wurst ist getrennt anzuführen. Bäcker und Brotfabriken haben auch die Salzbestände anzugeben. Sperrlager sind als solche zu bezeichnen.

In der Warenstandsmeldung der Kleinbetriebe sind die Großhändler zu verzeichnen, von denen die Waren bezogen werden. Die Lagermeldung ist in dreifacher Ausfertigung am Dienstag, den 27. ds., bis 12 Uhr mittag bei der Marktamtsabteilung einzureichen. Eine Ausfertigung der Meldung wird zurückgestellt. Diese ist so rasch als möglich an den Großhändler weiterzugeben. Auch Leermeldungen sind zu erstatten.

Nichtbefolgung oder unrichtige Angaben werden bestraft. Drucksorten sind in den Marktamtsabteilungen erhältlich.

Käse für Mütter

=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Werdende und stillende Mütter erhalten auf Abschnitt 1 ihrer neuen Zusatzkarte 18 dkg Käse gegen nachträgliche Anrechnung auf den Kaloriensatz.

"Wien baut auf"

=====

Seit dem Zusammenbruch des Nazireiches ist von der Wiener Gemeindeverwaltung eine gewaltige Leistung vollbracht worden, die aber nicht so zur Geltung kommt wie es erwünscht wäre. Die Gründe dafür liegen darin, daß bei der großen Ausdehnung der Stadt Wien der einzelne immer nur das sieht, was sich auf seinem Weg zur Arbeitsstätte oder in der Umgebung seines Wohnortes abspielt. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat sich daher entschlossen, eine Ausstellung unter dem Titel "Wien baut auf" zu veranstalten, die den Wienern zeigen soll, was in den beiden letzten Jahren schon an Wiederaufbauarbeit geleistet wurde. Sie soll aber auch zeigen, welche weiteren Pläne für die Neugestaltung und den Ausbau unserer Stadt in Erwägung gezogen werden. Das Schergewicht der bisherigen Arbeiten lag in der Schaffung der Voraussetzungen für eine weitere bauliche Gestaltung, also im Tiefbau. Die tausendfach beschädigten Anlagen für Gas, Wasser und Licht mußten vorher wiederhergestellt werden, ehe an die Errichtung sichtbarer Bauten, an die so dringend benötigten Wohnhäuser und Siedlungsbauten gedacht werden konnte. Der bisherige Wiederaufbau ist jedoch nicht allein auf dem Gebiete des Bauwesens selbst erfolgt, sondern eng mit ihm verbunden auch im Gesundheits- und Wohlfahrtswesen wie auch in allen anderen Sparten der Stadtverwaltung.

Gelegentlich der heutigen Gemeinderatssitzung hielt der amtsführende Stadtrat für das Bauwesen Novy vor den Mitgliedern des Wiener Gemeinderates einen Vortrag, bei dem er über die in Vorbereitung befindliche Ausstellung schon verschiedene Einzelheiten mitteilte. Danach soll die Ausstellung "Wien baut auf" am 1. September im großen Festsaal des Wiener Rathauses eröffnet werden. An einem Modell konnte man sehen, daß nicht nur technische Einzelheiten sondern in Bildern und Statistiken auch die Arbeiten aller zwölf Verwaltungsgruppen zur Wirkung gebracht werden sollen. Auch über große interessante Projekte wird diese Ausstellung Aufschluß geben. So werden Entwürfe eines neuen Donauhafens bei Albern, wie auch die eines Donau-Oder-Kanales und eines Kanales zur Adria zu sehen sein.

Aber nicht nur durch diese Ausstellung, sondern auch noch durch Schmalfilmvorführungen, Besichtigungen und Führungen sollen der Wiener Bevölkerung die Leistungen der beiden vergangenen Jahre zum Bewusstsein gebracht werden.

Während der Zeit der Ausstellung werden im Hofe des Rathauses Konzerte stattfinden. Eine Sonderpostmarke soll ausgegeben werden und durch eine Lotterie werden die Besucher die Möglichkeit haben, ein Siedlungshaus in einer der noch im heurigen Jahr zu beginnenden Siedlungen zu gewinnen. Die Ausstellung "Wien baut auf" wird zum ersten Mal den Wienern in gesammelter Form zeigen, was die Wiener Gemeindeverwaltung bisher geleistet hat und was sie noch alles vor hat, um Wien das ihr Gebührende Aussehen zu geben.

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

Im Anschluss an die Landtagssitzung hielt der Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Körner eine Geschäfts-sitzung ab. Auf der Tagesordnung standen 17 Geschäftsstücke, die ohne Debatte zum Beschluss erhoben wurden. Darunter befanden sich die Neuregelung des Kollektivvertrages der städtischen Bäckerei-arbeiter und eine Erhöhung der Arbeiterlöhne in den Wirtschafts-betrieben der städtischen Weingüter Gumpoldskirchen und Maria Enzersdorf.

Weitere Beschlüsse betreffen einen Beschaffungskredit von 800.000 Schilling für das Zentrallager der städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten; den Abschluss eines Vertrages mit der Baustoff-Abtransport- und Verwertungsgesellschaft m.b.H; die nachträgliche Genehmigung von Ausgaben für die Errichtung von Wohnungen und Behelfsheimen im Jahre 1945; die Widmung und Erhaltung der im Urnenhain der Stadt Wien errichteten Begräbnisstätten für 51 französische Staatsangehörige, die als Opfer des Faschismus in Wien gestorben sind; den Verkauf eines Grundstückteiles zum Zwecke einer Arrondierung und die Rückstellung des Waldbesitzes des Stiftes Klosterneuburg.

Der Gemeinderat beschloß ferner einen Sachkredit von 120.000 S für Instandsetzungsarbeiten im Bahnhof Meidling der Wiener Verkehrsbetriebe; Sachkredite im Ausmaße von 290.000 S für verschiedene Herstellungen in den Unter- und Umspannwerken der Wiener Elektrizitätswerke und einen solchen in der Höhe von 400.000 S für den Ausbau des 30-kv-Kabelnetzes der Wiener Elektrizitätswerke.

Sodann gelangte eine Anfrage der GR. Dr. Robetschek und Genossen (ÖVP) betreffend die Tätigkeit der Magistratsabteilung 69 zur Verhandlung.

GR. Dr. Robetschek führte zur Begründung aus: Die unter öffentlicher Verwaltung stehenden Betriebe werden seitens des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung einer laufenden oder fallweisen Überprüfung durch die hiezu besonders qualifizierten Angehörigen des Berufstandes der Wirtschaftstreuhänder hinsichtlich der Rentabilität des Betriebes, der Geschäftsabwicklung des öffentlichen Verwalters etc. unterstellt. Einige Betriebe sind unter die Kompetenz der Magistratsabteilung 69 gefallen und auch diese Abteilung ordnet eine gleichartige Überwachung und Überprüfung der in ihrem Wirkungsbereich unter öffentlicher Verwaltung stehenden Unternehmungen an. Während sich aber das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung von völlig sachlicher und von keiner wie immer gearteten parteipolitisch beeinflussten Einstellung leiten ließ, ist diese selbstverständliche Art der Amtsführung bei der Magistratsabteilung 69 nicht durchgeführt worden. Vielmehr werden von der Magistratsabteilung 69 nur jene Prüfer herangezogen, die eine Bescheinigung des sozialistischen Vizepräsidenten der Kammer beibringen können, daß sie politisch und fachlich einwandfrei sind und der Sozialistischen Partei angehören. Diese Mitteilung habe ein Angestellter, den der Referent als Wirtschaftstreuhänder geschickt hat, von Dipl. Kfm. Geiger erhalten. Der Redner glaubt aber, daß lediglich die Beamten dieser Magistratsabteilung einseitig eingestellt sind. Er stellt daher an den amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe XI die Anfrage, was er zu tun gedenkt, um diesem Zustand abzuwehren. Es sei der demokratischen Zusammenarbeit innerhalb der Rathausverwaltung nicht sehr förderlich, wenn durch Beamte einer Abteilung diese Zusammenarbeit durchbrochen und ganz einseitig zu parteipolitischen Maßnahmen ausgenützt wird. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Stadtrat Afritsch (SPÖ), ~~Lehrbeauftragter~~ ~~anfrage so-~~
fort. Er bemerkte, dass über die Tätigkeit der Magistratsab-
teilung 69 immer viel gesprochen und noch mehr geschrieben wird.
Immer wieder stellte sich aber heraus, dass die meisten Behaup-
tungen unwahr sind und daher berichtigt werden müssen. Es ist
klar, dass 4000 öffentliche Verwalter und ebenso viele ehemalige
Geschäftsinhaber, die ihre Schuldlosigkeit beweisen wollen, eine
schwere Arbeitsbelastung darstellen. Als es im Jahre 1945 weder
Buchprüfer noch andere Wirtschaftsstellen gab, waren es aber die
Gemeindeangestellten, die die zerfallenden Wirtschaftswerte er-
halten haben. Tag und Nacht arbeiteten sie, damit die Wirtschaft
Wiens nicht zusammenbricht. (Lebhafter Beifall bei den Parteige-
nossen. Zwischenruf des VbGm. Weinberger: "Davon ist doch hier
gar nicht die Rede!").

Wir haben in der Magistratsabteilung 69 sehr rasch
eine Kontrollabteilung zum Zwecke der Überprüfung der Tätig-
keit der öffentlichen Verwalter eingerichtet und eigene Formu-
lare zur Berichterstattung aufgelegt, alles in einer Zeit, in
der das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschafts-
planung derartige Einrichtungen noch nicht besass. Deshalb ist
die Behauptung, wir hätten uns bemüsst gesehen, eine gleich-
artige Überwachung und Überprüfung anzuordnen, absolut falsch.
Das Ministerium hat mit seiner Tätigkeit erst viel später ein-
gesetzt.

Zu dem in der Anfrage erhobenen Vorwurf, die Magistrats-
abteilung 69 sei bei der Auswahl der Prüfer nicht sachlich son-
dern nach einer parteipolitisch beeinflussten Einstellung vor-
gegangen, bemerkt der Amtsführende Stadtrat, dass fast sämtliche
Wirtschaftsprüfer und Buchsachverständigen, die von der Öster-
reichischen Kammer der Wirtschaftstreuhänder, deren Präsident
der Antragsteller Dr. Robetschek sei, in Vorschlag gebracht wur-
den, unbeschadet ihrer parteipolitischen Einstellung, der nicht
nachgeforscht wurde, berücksichtigt wurden. (Lebhafte Zwischen-
rufe bei der ÖVP. - Gegenrufe bei der SPÖ).

Die Magistratsabteilung 69 konnte alle Anwürfe, die
trotzdem gegen sie erhoben wurden, immer widerlegen. In dieser
Abteilung wird schwere Arbeit geleistet und wird nach dem Gesetz
und den Vorschriften vorgegangen. (Zwischenrufe bei der ÖVP).
Wenn irgend etwas Konkretes vorgebracht wird, bin ich, stellt
der Amtsführende Stadtrat fest, gerne bereit, diese konkreten

Beschwerden entgegenzunehmen, sie sachlich zu prüfen, und wenn sich irgend welche Fehler zeigen, der Angelegenheit nachzugehen. Ich denke nicht daran, einen anderen Weg zu gehen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen. - VbGm. Weinberger: Das ist keine Beantwortung!)

Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, erklärte der Vorsitzende die Angelegenheit als abgeschlossen.

Zur Begründung der Dringlichkeit/^{einer Anfrage} über die Belieferung Wiens mit Kirschen und Ananas, ergriff GR. Lauscher (KPÖ) das Wort. Er erklärte unter anderem:

Der Skandal, den die Wiener Bevölkerung mit der letzten Kirschenernte erlebt hat, ist uns noch in guter Erinnerung. Nun hat die Presse in den letzten Tagen eine Nachricht gebracht, die die Bevölkerung aufs Tiefste beunruhigt. Wir sind der Meinung, dass die Wiener ein Recht haben, zu erfahren, welche Vorsorgen getroffen wurden, um die diesjährige Kirschen- und Ananaserdbeerenernte, besonders für unsere Kinder, sicherzustellen.

Wir haben daher an den Amtsführenden Stadtrat eine Anfrage gerichtet, ob Vorsorge getroffen wurde, dass durch die Gross-einkaufsfirmen entsprechende Mengen von Kirschen und Ananaserdbeeren für den Wiener Bedarf eingebracht und zu erschwinglichen Preisen verkauft werden. Wir bedauern, dass der Herr Amtsführende Stadtrat verübergehend erkrankt ist und daher nicht Gelegenheit hat, persönlich zu antworten. Wir nehmen aber an, dass sein Vertreter diese Anfrage beantworten und Klarheit darüber verschaffen kann, wie es um die Aufbringung der Kirschenernte steht. Im Vorjahr war hier im Gemeinderat eine Debatte. Allerdings nach der Ernte, als die Kirschen schon verdorben waren. Unsere Ansicht ist es aber, schon vorher darüber zu sprechen und wir haben daher die Besprechung unserer Anfrage in der heutigen Sitzung beantragt.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die sofortige Behandlung der Anfrage abgelehnt und diese der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Im Einlauf befanden sich noch zwei Anfragen der Gemeinderäte Haller und Genossen (KPÖ) über die Belieferung Wiens mit Glas und über die Behandlung des von der Kommunistischen Fraktion in der letzten Sitzung des Gemeinderates eingebrachten Wohnbauprogramms, ferner ein Antrag der Gemeinderäte Steinhart und Genossen (KPÖ), die Wiener Bevölkerung zu einer Holzaufbringungsaktion aufzurufen. Die beiden Anfragen und der Antrag wurden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Schluß der Sitzung 18³⁰ Uhr.

Im Anschluß an die Sitzung des Gemeinderates hielt amtierender Stadtrat für das Bauwesen Novy für die Mitglieder des Gemeinderates an Hand eines Modells einen Vortrag über die in Vorbereitung befindliche Ausstellung "Wien baut auf", die am 1. September 1947 im Festsaal des Wiener Rathauses eröffnet werden wird.

Gewölbeeinsturz auf der Wieden

In der Ruine der ehemaligen Polizeikaserne in der Rainergasse, Ecke Johann Strauß-Gasse, wo derzeit Abtragungsarbeiten durchgeführt werden, ist heute nachmittags ein Gewölbe eingestürzt, auf dem sich drei Arbeiter befunden haben. Diese wurden mit den Schuttmassen mitgerissen und teilweise verschüttet. Die Feuerwehr konnte die Verunglückten, die Verletzungen verschiedenen Grades erlitten haben, nach kurzer Zeit bergen und dem Rettungsdienst zur Behandlung übergeben.